



Deutscher Bundestag
Petitionsausschuss

Herrn
Jörg Mitzlaff
Greifswalder Str. 4
10405 Berlin

Berlin, 9. August 2021
Bezug: Mein Schreiben vom
17. Juni 2021
Anlagen: 1 (geh.)

Referat Pet 3
AA, BKAmT, BMAS (Soz.), BMBF,
BMEL, BMFSFJ, BMZ, BPrA

Oberamtsrätin Tanja Liebich
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227- 33190
Fax: +49 30 227- 30013
vorzimmer.pet3@bundestag.de

Lebens- und Genussmittel

Pet 3-19-10-2128-046977 (Bitte bei allen Zuschriften angeben)

Sehr geehrter Herr Mitzlaff,

anliegend übersende ich Ihnen die zu Ihrer Eingabe eingeholte
Stellungnahme mit der Bitte um Kenntnisnahme.

Unter Berücksichtigung der Ausführungen des Bundesministe-
riums für Ernährung und Landwirtschaft geht der Ausschuss-
dienst davon aus, dass Ihr Petitionsverfahren als abgeschlossen
angesehen werden kann, sofern Sie sich nicht gegenteilig äußern.

Zu den auf der Plattform „openpetition“ eingegangenen Unter-
schriften muss ich Ihnen leider mitteilen, dass diese im Peti-
tionsverfahren des Deutschen Bundestages nicht berücksichtigt
werden können, weil sie nicht zu Ihrer Petition auf der Plattform
des Deutschen Bundestages eingegangen sind.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag

Liebich



Bundesministerium
für Ernährung
und Landwirtschaft

Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft
Postfach 14 02 70, 53107 Bonn bzw. Dienststz Berlin, 11055 Berlin

An den
Deutschen Bundestag
Petitionsausschuss
Platz der Republik 1
11011 Berlin

MinDirg Dr. Lorenz Franken
Leiter der Abteilung 2

„Gesundheitlicher Verbraucherschutz, Ernährung,
Produktsicherheit“

BEARBEITET VON VA Dipl.-Ing. Susanne Kaus

HAUSANSCHRIFT Wilhelmstr. 54, 10117 Berlin

TEL +49 (0) – 18529-4704

FAX +49 (0) – 18529-4262

E-MAIL 216@bmel.bund.de

INTERNET www.bmel.de

AZ 216-08003/0515

DATUM 02.08.2021

Lebens- und Genussmittel

Eingabe des Herrn Jörg Mitzlaff, 10405 Berlin

Ihr Schreiben vom 17. Juni 2021, Pet-Nummer 3-19-10-2128-046977

Zu der o.g. Eingabe vom 14. Juni 2021 nehme ich wie folgt Stellung:

Der Petent fordert, dass Unternehmen dazu verpflichtet werden, Essensreste aus Betrieben, Großküchen, Kantinen, Pflegeheimen und ähnlichen Einrichtungen einer sinnvollen Verwertung zuzuführen. Dies umfasst seiner Ansicht nach, dass Mitarbeitende in diesen Betrieben Essensreste straffrei und ohne arbeitsrechtliche Sanktionen mit nach Hause nehmen bzw. vor Ort verzehren können oder dass die Essensreste an gemeinnützige Organisationen wie z.B. an die örtliche Tafel gespendet werden müssen. Ferner solle gesetzlich geregelt werden, dass eine Verwertung als Tierfutter nicht darunterfällt.

Zunächst ist festzuhalten, dass das Verfüttern von Küchen- und Speiseabfällen an Nutztiere, die keine Pelztiere sind, sowie an Heimtiere gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1069/2009 ohnehin untersagt ist. Die von der EU-Kommission herausgegebenen „Leitlinien für die Nutzung von Lebensmitteln, die nicht mehr für den menschlichen Verzehr bestimmt sind, als Futtermittel“ (ABl. EU Nr. C 133 vom 16. April 2018, Seite 2) schließen den Einsatz von Catering-Resten in der Fütterung explizit aus.

Strafrechtliche Würdigung:

Die Mitnahme von Gegenständen – auch Lebensmitteln – vom Arbeitsplatz kann unter Umständen einen Diebstahl im Sinne des § 242 des Strafgesetzbuches (StGB) oder eine Unterschlagung im Sinne des § 246 StGB darstellen. Diese Strafvorschriften schützen das Eigentum und setzen eine Zueignungsabsicht oder die tatsächlich erfolgte Zueignung hinsichtlich einer fremden, also nicht täter-eigenen, beweglichen Sache voraus. Für eine strafrechtliche Bewertung kommt es aber immer auf die Umstände des Einzelfalls an. So sind weggeworfene Lebensmittel nicht mehr als fremdes Eigentum anzusehen, wenn mit dem Wegwerfen das Einverständnis gezeigt wird, dass andere Menschen diese an sich nehmen. Zudem werden der Diebstahl und die Unterschlagung von Gegenständen mit geringem Wert in der Regel nur nach einem Strafantrag des Eigentümers verfolgt, es sei denn, die Staatsanwaltschaft bejaht ein besonderes öffentliches Interesse an der Strafverfolgung (§ 248a StGB). Auch wenn diese Voraussetzungen vorliegen, bestehen mit der Möglichkeit der Einstellung des Ermittlungsverfahrens gegen Auflage oder Weisung (§ 153a StPO) sowie der Verwarnung mit Strafvorbehalt (§§ 59 ff. StGB) Wege zum angemessenen Umgang mit Fällen im Bagatellbereich.

Gesetzgeberischer Handlungsbedarf im Bereich des strafrechtlichen Schutzes des Eigentums besteht daher auch unter Berücksichtigung des Anliegens, nachhaltig mit Lebensmitteln umzugehen, nicht. Die grundsätzliche Wertung des Strafrechts, Eigentum umfassend zu schützen, ist legitim.

Arbeitsrechtliche Würdigung:

Ob die Kündigung eines Arbeitsverhältnisses wirksam ist, hängt von einer Vielzahl von Faktoren ab und ist daher eine Frage des Einzelfalls, die nach unserer Rechtsordnung ausschließlich von den zuständigen Gerichten für Arbeitssachen verbindlich entschieden werden kann. In der Rechtsprechung haben sich sehr ausdifferenzierte Kriterien entwickelt, die den Besonderheiten des jeweiligen Einzelfalls Rechnung tragen können.

Die Mitnahme von im Eigentum des Arbeitgebers stehenden – auch geringwertigen – Gegenständen durch Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmer wurde in der Vergangenheit von Gerichten in der Regel als Sachverhalt bewertet, der aufgrund des damit einhergehenden Vertrauensverlustes an sich eine außerordentliche Kündigung rechtfertigen kann. Eine entscheidende Rolle spielt in diesem Zusammenhang die Frage, ob durch die Mitnahme der Gegenstände eine Straftat im oben beschriebenen Sinne begangen wurde.

Zusätzlich zu der Frage, ob ein Sachverhalt an sich geeignet ist, einen Kündigungsgrund darzustellen, ist zu prüfen, ob auch der konkrete Einzelfall eine außerordentliche Kündigung

rechtfertigt. Hierfür ist eine Interessenabwägung durchzuführen, die das Interesse des Arbeitgebers an der sofortigen Beendigung des Arbeitsverhältnisses gegen das Interesse der Arbeitnehmerin bzw. des Arbeitnehmers am Fortbestand des Arbeitsverhältnisses jedenfalls bis zum Ende der Kündigungsfrist abwägt.

Bei der Abwägung der gegenläufigen Interessen sind Kriterien wie der Wert des entwendeten Gegenstandes und damit die Höhe des entstandenen Schadens ebenso wie die Dauer des bisherigen störungsfreien Verlaufs des Arbeitsverhältnisses zu berücksichtigen. In die Bewertung fließt zudem ein, ob im Betrieb eine eindeutige Regelung zur Mitnahme von (ggf. übriggebliebenen) Gegenständen existiert und ob diese für den Arbeitgeber noch wirtschaftlich verwertbar sind. Auch dürfte es in der Regel einen Unterschied machen, ob das Verhalten – wie beispielsweise der Griff in die Kasse – auf Heimlichkeit angelegt ist oder nicht. In der Regel wird zudem eine vorherige Abmahnung erforderlich sein. Das Ergebnis einer solchen Abwägung kann schließlich auch sein, dass die Kündigung des Arbeitsverhältnisses als unverhältnismäßig angesehen wird, weil eine Abmahnung im konkreten Fall ausreichend gewesen wäre.

Spendenpflicht:

Die in der Petition angesprochene Pflicht zur Abgabe nicht mehr verkaufs-, aber noch verzehrfähiger Lebensmittel etwa als Spende an soziale Einrichtungen wäre rechtlich umsetzbar. Die Ermächtigungsgrundlage für eine darauf gerichtete Rechtsverordnung ist § 24 Nummer 10 Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG). Ob von dieser Ermächtigung, die einen Eingriff in die grundrechtlich geschützte Eigentümerstellung bedeutet, Gebrauch gemacht werden soll, ist noch nicht entschieden.

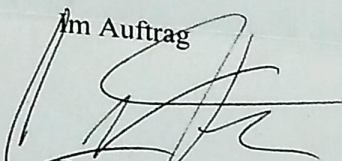
Für ein Tätigwerden des Ordnungsgebers bedarf es noch der grundlegenden Erhebung des Umfangs der in Deutschland anfallenden Lebensmittelabfälle und der Evaluierung des Erfolgs freiwilliger Vereinbarungen. Derzeit laufen die Vorbereitungen zur erstmaligen Berichterstattung von Lebensmittelabfällen an die Europäische Kommission, die bis zum 30. Juni 2022 zu übermitteln ist. Auf Grundlage dieses Erstberichts können weitere Maßnahmen abgeleitet werden. Dies gilt auch für die Forderung nach Abgabe überschüssiger, noch verzehrfähiger Lebensmittel an soziale Einrichtungen.

Die Forderung einer verpflichtenden Abgabe nicht mehr verkaufs-, aber noch verzehrfähiger Lebensmittel an soziale Einrichtungen bedarf im Hinblick auf Erfahrungen im Ausland und auf eine Verlagerung von Lebensmittelabfällen allerdings einer kritischen Prüfung. So ist etwa in Frankreich nach Einführung einer Spendenpflicht bei öffentlich finanzierter Lebensmittelspendeninfrastruktur das Spendenaufkommen nur mäßig gestiegen. Zudem kann eine

Abgabepflicht dazu führen, dass Lebensmittelhändler oder Gastronomiebetriebe sich ihrer kostenpflichtigen Abfälle zu Lasten sozialer Einrichtungen entledigen.

Mit der Agenda 2030 hat sich die Staatengemeinschaft gemäß dem Nachhaltigkeitsziel (SDG) 12.3 verpflichtet, bis 2030 die weltweite Lebensmittelverschwendung pro Kopf auf Einzelhandels- und Verbraucherebene zu halbieren und die entlang der Produktions- und Lieferkette entstehenden Lebensmittelverluste einschließlich Nachernteverlusten zu verringern. Vor diesem Hintergrund hat die Bundesregierung im Februar 2019 die Nationale Strategie zur Reduzierung der Lebensmittelverschwendung im Kabinett beschlossen. Sie gibt den Rahmen für einen gesamtgesellschaftlichen, partizipativen Prozess vor, um gemeinsam Maßnahmen zur Vermeidung von Lebensmittelabfällen festzulegen und ein gesellschaftliches Umdenken zu erreichen: mehr Wertschätzung gegenüber unseren Lebensmitteln und den zur Herstellung benötigten Ressourcen. Weitere Informationen sind unter www.zugutfuerdietonne.de verfügbar.

Im Auftrag



Dr. Lorenz Franken